

Sächsische Dorfzeitung und Elbgaupresse

Verlags-Anstalt: Amt Dresden Nr. 31 502
Tel.-Nr.: Elbgaupresse Blafewitz

mit Loschwitzer Anzeiger

Danz-Rente: Stadtbank Dresden, Girokonto Blafewitz Nr. 666
Postkassen-Rente: Nr. 517 Dresden

Tageszeitung für das kgl. Dresden und seine Vororte.

Diese Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blafewitz, Loschwitz, Weiher, Hirsch, Bühlau, Rochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Wachwitz, Niederporitz, Hofterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaft Dresden.

Verlag: Elbgaupresse und Verlagsanstalt Hermann Dreyer & Co., Dresden-Blafewitz. — Verantwortlich für Lokales Carl Drache, für den übrigen Inhalt Eugen Werner, beide in Dresden.

Redaktion und Expedition
Blafewitz, Loschwitzer Str. 4
87. Jahrgang

173

Dienstag, den 28. Juli

1925

Beginn der Aussprache über die Steuergesetze im Reichstage

Keine Differenzen zwischen Luther und Strefemann. — Das ungewisse Schicksal der Amnestievorlage. — Amerikas Sympathie für die Abrüstung. — Die Wendung in Marokko.

Uebereinstimmung zwischen Luther und Strefemann

Im Reichstag und auch in der französischen Öffentlichkeit ist nach Beendigung der außenpolitischen Debatte im Reichstag der Eindruck entstanden, daß Reichskanzler Dr. Luther die Fragen des Sicherheitspaktes wesentlich anders beurteilt als der Außenminister Dr. Strefemann, dessen Erklärungen in einigen Punkten von denen des Reichskanzlers sehr verschieden gewesen seien. Weitestens wurde behauptet, der Kanzler vertrete die schärfere Richtung in Deutschland im Gegensatz zu dem Außenminister, der auf Seiten der gemäßigtsten Kreise stehe. Wie wir auf Grund authentischer Informationen mittelst können, sind diese Vermutungen gänzlich abwegig. Es lag eine bestimmte Absicht darin, die Ausführungen des Kanzlers von denen des Außenministers völlig zu trennen und ihnen eine andere Ausdeutung zu geben. In Wirklichkeit besteht zwischen den beiden Staatsmännern in der Beurteilung der Sicherheitsfrage volle Uebereinstimmung.

Die Geschäftslage des Reichstages

Die Geschäftslage des Reichstages macht es sehr gebieterisch notwendig, daß neue Dispositionen vom Reichsrat getroffen werden. Es verlangt, daß der Reichsrat beschließen will, die Sitzungen am 1. August abzubrechen und für den 10. oder 12. September eine neue Tagung einzuberufen. Zunächst muß festgestellt werden, daß die Regierung entschlossen ist, die Vorarbeiten der Vorarbeiten vor den Sommerferien anzunehmen zu sehen, selbst wenn die Sitzungen sich tief in den August hinein erstrecken sollten. Die Regierungsparteien sind prinzipiell damit einverstanden, sehen aber keine technische Möglichkeit, ein beschlußfähiges Haus zusammenzubringen, besonders angesichts der Ernüchterung unter den Umständen ist es durchaus möglich, daß am 1. August vertagt wird, allerdings nur unter der Voraussetzung, daß bis dahin Steuern, Amnestie und Etat erledigt sind und die Vorarbeiten zurückgestellt sind. Wenn eine neue Tagung einberufen werden kann, steht noch dahin. Ob der 10. September in Frage kommt, wird bemerkt. Ferner muß berücksichtigt werden, daß am 15. September der sozialdemokratische Parteitag beginnt und am 17. September etwa vierzig prominente Reichstagsabgeordnete nach Amerika fahren, wo am 1. Oktober die Interparlamentarische Union beginnt. Es kann daher noch nicht mit Sicherheit vorausgesagt werden, zu welchen Reichstagen der Reichsrat kommen wird. Eine Vertagung der Vorarbeiten bis Anfang November ist aber naturgemäß auch nicht sehr wahrscheinlich.

Der Einspruch des Reichsrates

Der Reichsrat genehmigte den vom Reichstag angenommenen Gesetzentwurf über Ausbau der Angehörigen- und Invalidenversicherung und über Gesundheitsfürsorge. Dann befaßte sich der Reichsrat mit dem vom Reichstag angenommenen Gesetzentwurf zur Änderung der Verordnung über die Fürsorgepflicht. Der Berichterstatter führte hierzu aus, daß von den Vätern gegenüber diesem Entwurf ernste Bedenken geltend gemacht werden. Die Aussprüche hätten daher einstimmig beschlossen, gegen das Gesetz Einspruch zu erheben. Dieser Einspruch wurde vom Plenum des Reichsrates gegen die Stimmen der Provinz Sachsen und der Stadt Berlin bekräftigt. Schließlich befaßte der Reichsrat den Reichstagsabgeordneten Franz Behrend, Vorsitzender des Reichsausschusses land- und forstwirtschaftlicher Unternehmerverbände, zum Mitglied des Verwaltungsrates der Deutschen Rentenbankkreditanstalt.

Die Steuerdebatte

Deutscher Reichstag

108. Sitzung am 27. Juli.

Präsident Ebe eröffnet die Sitzung um 10 Uhr. Er widmet dem verehrten Vorsitzenden des Reichstages Herrn Reichskanzler Luther einen herzlichen Gruß, der von den Abgeordneten lebhaft angelehrt wird. Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung der Steuervorlagen. Im Namen der Regierungsparteien tritt Abg. Dr. Oberhöfer (Duisb., Sp.) eine gemeinsame Erklärung ab, daß die Regierungsparteien hätten sich trotz schwerer Bedenken gegen Einzelheiten der Gesetze entschlossen, den Vorarbeiten zuzustimmen. Die Belastung der Wirtschaft und der einzelnen Steuerzahler sei zwar geradezu unerträglich hoch, aber die Finanzlage des Reiches und die schweren Reparationslasten ließen leider eine weitere Milderung nicht zu. An das Ausland müsse die dringende Mahnung gerichtet werden, den völligen Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft dadurch zu verhindern, daß man mehr Rücksicht auf die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft, das verringerte Einkommen des deutschen Volkes und seine sozialen Lebensnotwendigkeiten nimmt. Die Regierungsparteien hätten den sozialen Gesichtspunkten Rechnung getragen durch eine wesentliche Verstärkung des Kinderprivilegs. Mit dem Finanzausgleich sei den Bedürfnissen der Länder und Gemeinden Rechnung getragen worden. Dann müsse aber die ernste Mahnung zur Sparsamkeit gerichtet werden vor allem an die Gemeindegewerbetungen. Auch da müßten die Ausgaben den Einnahmen angepaßt werden. Das Reich müsse in der Steuerpolitik den Vorrang behalten. Trotz aller Bedenken im einzelnen stimmten die Regierungsparteien den Vorarbeiten zu in der Erwartung, daß auch sie helfen werden zur wirtschaftlichen und sozialen Gesundung des deutschen Volkes.

Abg. Dr. Dörk (Soz.) bemerkt zu der Art, in der die Regierungsparteien die Verhandlungen im Ausschusse geführt haben, eine gesunde Steuerreform hätte davon auszugehen müssen, daß zur Förderung der deutschen Wirtschaft vor allem die Stärkung der inneren Kaufkraft der breiten Massen notwendig sei. Die Regierungsparteien hätten aber umgekehrt den Preis erhöht und die Massen des Volkes hart bestraft. Ein Steuerreform, das mehr als vier Fünftel aller Voten den Befürwortern und entzweitigten Schichten des Volkes aufserlegt, wird daher den bestmöglichen Widerstand aller Leistungswichtigen Kreise hervorrufen. Wir lehnen für dieses Gesetzgebungsmerk jede Verantwortung ab. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Dr. Hülmer (Köln, Dem.) bedauert, daß die Regierung der an ihren Steuerentwürfen geübten Kritik keine Folge gegeben habe. Die von der neuen Regierung bei ihrem Amtsantritt gegebenen Versprechungen seien nicht erfüllt. Die angelegte grundsätzliche Anpassung der Steuerlasten an die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit sei nicht vorgenommen worden. Die gegenwärtige Finanzlage würde einen durchgreifenden weiteren Steuerabbau durchzuführen. Wir könnten mit einem Ueberfluß von einer Milliarde rechnen. Der Redner tritt zum Schluß für einen finanzwirtschaftlichen Sachverständigenausschuss ein, der

den Weg zu einer wirklichen großen Finanzreform ebnen solle.

Abg. Hülmer (Köln) beantragt Vertagung der Aussprache über die Einkommensteuer.

Als der Reichspräsident Graf erklärt, er teile zu dieser Geschäftsordnungsdebatte nicht mehr das Wort, erheben auf der linken Seite Protestrufe. Der Vertagungsantrag wird gegen die Linke abgelehnt.

Nur Einkommensteuervorlage wendet sich Abg. Eggerstedt (Soz.) gegen die Regierungsvorlage und die Ausschlußbeschlüsse. Die Sachverständigen hätten im Darwies-Gutachten festgestellt, daß in Deutschland die Besühenden zu wenig und die breiten Massen zu stark steuerlich belastet seien. Dieser unnatürliche Zustand werde durch die neue Vorlage noch verschärft.

Abg. Hülmer (Köln) beantragt wiederum Vertagung mit dem Hinweis, daß die Abgeordneten, die vorher für die Weiterberatung stimmten, nicht mehr im Saal anwesend wären. Die Abstimmung erfolgt durch Hammerentscheid. Dabei beteiligen sich die Sozialdemokraten, Kommunisten und Demokraten mit Ausnahme ihrer Fraktionsführer Müller, Koch und H. Klein nicht. Es stellt sich Befehlsmehrheit des Hauses heraus, da nur 169 mit Nein und 8 Abgeordnete mit Ja stimmten.

Reichspräsident Graf ruft sofort eine neue Sitzung auf 7 Uhr abends — 10 Minuten später — ein.

104. Sitzung, am Montag, 27. Juli, 7 Uhr abends.

Die zweite Beratung der Einkommensteuergesetze wird fortgesetzt.

Abg. Schucider (Berlin, Dem.) meint, es sei das erste Mal in der jetzigen Reichstagsperiode, daß ein Gesetz in solcher Mangelhaftigkeit und Unfertigkeit aus dem Ausschusse vor das Plenum gekommen sei wie das Einkommensteuergesetz. namentlich der Lohnabzugsparagraf sei so schlecht formuliert, daß die Regierungsparteien selbst sich veranlaßt gefühlt hätten, noch schnell eine neue Fassung dem Plenum zu unterbreiten.

Abg. Knudauer (Köln) stellt einen Vertagungsantrag und begründet ihn damit, daß die Rechte durch ihre schlechte Vertretung im Saale ihre Erziehung zum Ausdruck gebracht hätte. — Abg. Hülmer (Köln) bewirkt die Vertagung.

Reichspräsident Graf erklärt, das Haus sei nicht einig darüber, ob das Haus beschlußfähig sei. Er werde deshalb eine namentliche Abstimmung vornehmen lassen.

Hieran knüpft sich unter großer Anwesenheit des Hauses eine längere Auseinandersetzung zwischen dem Abg. Littmann (Soz.) und dem Reichspräsidenten Graf über die Auslegung der Geschäftsordnung. Der Geschäftsordnung gemäß wird dann die Beschlußfähigkeit durch Einzeichnen der weichen Stimmenarten geprüft. Auch die Sozialdemokraten geben ihre Stimme ab. Reichspräsident Graf stellt fest, daß 268 Stimmenarten abgegeben worden sind, das Haus also beschlußfähig ist. Der Vertagungsantrag wird hierauf bei einfacher Abstimmung abgelehnt.

Paragraf 1 des Einkommensteuergesetzes wird dann mit großer Mehrheit angenommen. Die Weiterberatung wird auf Dienstag 1 Uhr nachmittags vertagt.

Die Zölle

Im Handelspolitischen Ausschusse des Reichstages wurden nach längerer Debatte in der Abstimmung sämtliche Abänderungsanträge der Opposition abgelehnt. Annahme fanden einige Kompromißanträge, u. a. der, der für Fleisch und Kartoffeln bis zum 14. Februar 1926 einen ermäßigten Zollfuß von 26 % fest-

Sur Beiprächung des Zollabkommens für das Saargebiet, zu dessen Ratifizierung die beiden französischen Kammern bereits Ermächtigung erteilt haben, fand gestern eine gemeinsame Sitzung des Handelspolitischen Ausschusses des Reichstages mit einer Abordnung des Saargebietes statt, die aus den Vertretern der politischen Parteien, der drei gewerkschaftlichen Richtungen und der saarländischen Wirtschaftskreise, der Handelskammer und der Landwirtschaftskammer bestand. Trotz schwerer Bedenken des Handelspolitischen Ausschusses wurde eine Einigung dahin erzielt, daß das Saarabkommen einstimmig gebilligt wurde. Einstimmigkeit herrschte auch darüber, daß beim Abschluß eines endgültigen Abkommens volle Gegenseitigkeit gewahrt werden müsse und daß das gegenwärtige Abkommen nur deshalb tragbar sei, weil es nur auf vier Monate als Übergangsregelung gedacht sei.

Finanzberatungen

Der Haushaltsausschuss des Reichstages berichtet gestern den Haushalts der allgemeinen Finanzverwaltung. Abg. Reil (Soz.) berichtete über den Etat. Der Gesamtüberschuss im ordentlichen und außerordentlichen Haushalt 1925 der allgemeinen Finanzverwaltung beträgt 3518 Millionen Reichsmark gegenüber einem Ueberschuss von 2238 Millionen Reichsmark im Jahre 1924. Ausführlich schilderte der Berichterstatter die Einnahmen aus den einzelnen Steuerarten und stellte fest, daß aus dem Steueraufkommen an die Länder 2172 Millionen Reichsmark überwiesen werden müßten. Staatssekretär Dr. Popitz vom Reichsfinanzministerium betonte, daß die Schätzungen nicht auf Genauigkeit Anspruch erheben könnten, weil das Vergleichsmaterial fehlerhaft sei.

Dr. Popitz erklärte weiter, dazu komme, daß wir gesonnen seien, die Steuern auf Grund von Gesetzen zu schäufen, die im Plenum des Reichstages noch gar nicht verabschiedet sind. Die Grunderwerbsteuer sei deshalb nur mit 15 Millionen Mark in den Etat eingeschätzt, weil der größte Teil der Einnahmen der Grunderwerbsteuer von den Länderbehörden selbst erhoben werde, die Ziffern im Reichsetat aber nur insoweit erscheinen, als sie durch die Reichsfinanzen gehen. Befanlich wird die Grunderwerbsteuer in vollem Umfange den Ländern überwiesen. Dann vertagte sich der Ausschuss auf Dienstag.

Der Kampf um die Reichsamnestie

(Eigener Informationsdienst.) Nachdem die preussische Regierung in der Frage einer Amnestie für das preussische Landesgebiet erheblich weiter gegangen ist als die von der Reichsregierung vorbereitete Reichsamnestie finden gegenwärtig zwischen den Regierungsparteien im Reichstag Verhandlungen darüber statt, die Amnestievorlage der Regierung in einigen Punkten zu verbessern. Wie wir hören, dürfte ein Kompromißantrag des völkparteilichen Abgeordneten Geheimrat Kahl angenommen werden, wonach in die Amnestie auch Justizstrafen bis zur Höhe eines Jahres einbezogen werden sollen.

Süddeutsche Reise des Reichspräsidenten

(Eigener Informationsdienst.) Wie wir hören, wird sich der Reichspräsident von Hindenburg im Verlaufe des nächsten Monats nach München begeben, wo anlässlich seines Besuchs große Feierlichkeiten und Empfänge stattfinden sollen. Vorläufig ist geplant, diese Reise bereits am Abend des 11. August anzutreten, doch steht jetzt noch kein endgültiger Termin fest. In den Berliner politischen Kreisen nimmt man an, daß der Reichspräsident anlässlich seiner Münchener